

Ergebnisprotokoll Beirat von und für Menschen mit Behinderungen des Bezirkes Berlin-Lichtenberg

Beiratssitzung vom: 16.07.2024 | Beginn: 16:00 Uhr, Ende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Lichtenberg, Ratssaal
Versammlungsleitung: Felix Heilmann
Protokollantin: Annika Möller

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 18. Juni 2024

Es waren 23 Beiratsmitglieder anwesend.
Der Beirat war somit beschlussfähig.
Zwei Beiratsmitglieder waren verspätet und nahmen an den Abstimmungen nicht teil.

Es wurde über die **Tagesordnung der „heutigen“ Sitzung** abgestimmt.
Bestätigung der Tagesordnung:

- 21 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Es wurde über das **Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2024** abgestimmt.
Frau Möller weist darauf hin, dass es kurz vor der Sitzung, ein paar kleine Hinweise bzw. Änderungswünsche von Herrn Hase zum Protokoll gab.

Bestätigung des geänderten Protokolls:

- 18 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Das geänderte Protokoll vom 18. Juni 2024 angenommen.

Frau Möller wird das geänderte Protokoll im Nachgang der Sitzung an die Beiratsmitglieder schicken.

2. Austausch mit der Beauftragten für Gute Arbeit, Heike Fahrnländer

Die Beauftragte für Gute Arbeit des Bezirksamtes Lichtenberg, Heike Fahrnländer, war zu Gast.
Frau Fahrnländer war längere Zeit in der Sozialberatung tätig.
Seit Dezember 2020 arbeitet sie im Bezirksamt Lichtenberg.
In ihrer Tätigkeit arbeitet sie auch mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Daniela Kaup, zusammen.
Sie setze sich für Gute Arbeit im Bezirk Lichtenberg ein.

Was bedeutet Gute Arbeit für Sie?

Frau Fahrnländer: Für sie bedeute gute Arbeit, dass das Einkommen reicht für eine gute Rente und das Vielfalt gelebt wird.

Tarifliche Bindungen seien interessant, aber würden nicht von jedem Unternehmen angenommen.

Seit Juli 2024 gibt es vier Beauftragte für Gute Arbeit in Berlin (Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg).

Die Beauftragten arbeiten viel mit Gewerkschaften zusammen und setzen sich für die Rechte von Arbeitnehmer:innen und Auszubildenden ein.

Hierbei spielen auch die Vereinbarkeiten in Bezug auf Pflege, Familie etc. eine Rolle.

Jede:r solle von seiner Arbeit gut leben können.

Das Thema „Arbeit für Menschen mit Behinderungen“ beschäftigt den Beirat schon länger.

Zu dem Thema gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich nach längerer Zeit wieder getroffen hat und ein Positionspapier erarbeitet hat.

Wie ist Ihre Sicht auf das Thema „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“?

Antwort: Alle Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollten ihrer Meinung nicht abgeschafft werden, jedoch sollten sich die Werkstätten auf einen Wandel einstellen.

In Gesprächen mit den Werkstätten gab es immer wieder die Angst, dass man weniger Rente bekommt.

Es gab eine [Studie zu den Entgeltsystemen in den Werkstätten](#).

Eine Handlungsempfehlung daraus sei, dass das Gesetz geändert werden muss.

Es gibt Werkstätten, die bereits Inklusionsbetriebe gegründet haben.

Oft wird auch gesagt, dass es in den Werkstätten einen geschützten Rahmen gäbe und das dies schwer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgebildet werden könne.

Gibt es Ansätze dazu, was könnten Firmen hierfür machen, um etwas ähnliches zu schaffen?

Antwort: Es gäbe viele Unterstützungssysteme.

Man müsse Arbeitgeber:innen für diese Thematik sensibilisieren und Vorurteile gegenüber Arbeitnehmer:innen mit Behinderungen abbauen.

Was müsste sich Ihrer Ansicht nach auf der politischen Ebene ändern, dass Unternehmen verpflichtet werden, die UN-Behindertenrechtskonvention einzuhalten und Lust darauf bekommen, behinderte Menschen zu beschäftigen?

Antwort: In der USA müssen die Arbeitnehmer:innen vieler Unternehmen sich einmal jährlich sozial engagieren.

Sie denkt, dass Aktionstage wie die Freiwilligentage und der Schichtwechsel breiter geöffnet werden müssten, um Vorurteile abzubauen.

Die Öffentliche Verwaltung solle hier mit einem guten Beispiel vorangehen.

Wie könnten bei Ausschreibungen inklusive Kriterien eine Rolle spielen?

Antwort: Es ist schwierig, aber sie nimmt dieses Thema mit.

Die AG Arbeit würde Frau Fahrnländer gerne zu seinen nächsten Treffen einladen.

Wie kommen Firmen und Unternehmen auf Sie zu?

Antwort: Sie arbeite mit vielen Unternehmen zusammen, die Personal- oder Betriebsvertretungen haben.

Sie habe einen Verteiler mit einigen Unternehmen in Lichtenberg.

Über diesen Verteiler schicke sie Infos zu Veranstaltungen und Informationsmaterial.

Sie sitzt auch in der Jury „Lichtenberger Unternehmen des Jahres“.

Wie kann der Start in das Arbeitsleben für Jugendliche mit Behinderungen ohne Schulabschluss verbessert werden?

Antwort: 0,64 % (55 Übergänge) von 8.606 Beschäftigten wurden in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt.

Es müsse sich grundsätzlich etwas ändern.

Ihr Ansatz ist, dass man sich vermehrt auf die Ausbildung konzentriere.

Dazu sollten regionale berufsorientierte Maßnahmen stattfinden.

Mit diesem Konzept sollte man auch an die Förderschulen herantreten.
Die Jugendberufsagenturen sind laut Frau Kaup dabei sich inklusiv zu öffnen.
Die [Jugendberufsagentur in Lichtenberg](#) befindet sich in der Gotlindestraße 93.
Es empfehlen sich die Praxistage für Jugendliche.

Firmen und Unternehmen sollten Unterstützungsmöglichkeiten zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen aufgezeigt werden.
Sie sei gegen eine Ausbildungsplatzabgabe.

3. Fragensammlung zum Thema Denkmalschutz (Beiratssitzung am 20. August 2024)

Die Bezirksstadträtin Filiz Keküllüoğlu des Geschäftsbereichs Verkehr, Grünflächen, Ordnung, Umwelt und Naturschutz wird in der nächsten Beiratssitzung am 20. August 2024 zu Gast sein.

Mit ihr soll der Kiezspaziergang vom 4. Mai 2024 um den Orankesee ausgewertet werden.

Es geht um Barrieren im öffentlichen Raum.

Der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Gregor Hoffmann (CDU), hatte eine kleine Anfrage (wird mit dem Protokoll verschickt) zum Kiezspaziergang erstellt.

Herr Hoffmann wurde deshalb zur nächsten Sitzung eingeladen.

Er sei an einem Austausch interessiert und habe unter Vorbehalt seine Teilnahme zugesagt.

Der Vorstand des Beirates hat sich aus den eben genannten Gründen dazu entschieden, dass das Thema Denkmalschutz in der nächsten Beiratssitzung nicht behandelt wird.

Dennoch möchte man Fragen sammeln und der Unteren Denkmalschutzbehörde des Bezirksamtes Lichtenberg zuschicken.

Zwei Fragen wurden schon mal im Vorstand zusammengetragen:

- Wer in der Behörde beschäftigt sich mit den Themen Barrierefreiheit, Inklusion, etc.? Ansprechpartner:in für diese Themen?
- Wie arbeitet die Behörde mit dem Bezirksamt und wie mit anderen Akteuren im Bezirk zusammen?

Weitere gesammelte Fragen:

- Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der Oberen und der Unteren Denkmalschutzbehörde?
 - Wie sind die Zuständigkeiten?
 - Denkmalschutz und Barrierefreiheit müssen sich vom Prinzip her, auf der gleichen Augenhöhe begegnen.
 - Denkmalschutz sei nicht automatisch wichtiger.
 - o Wer setzt sich Barrierefreiheit beim Denkmalschutz ein?
 - o Welche Fürsprecher:in für Barrierefreiheit beziehen sie mit in die Diskussion um die Abwägungen ein?
 - Es gäbe Diskrepanzen zwischen dem Denkmalschutz und Barrierefreiheit.
Beispiel: Eine Schule steht unter Denkmalschutz und es soll eine Rampe angebaut werden.
 - o Sucht die Denkmalschutzbehörde nach Möglichkeiten, um beides vereinbaren zu können?
 - Welche Gebäude und Flächen stehen in Lichtenberg unter Denkmalschutz?
 - o Wie kann man sich dazu informieren?
- Es wird hierbei auf die Datenbanken des Landesdenkmalamtes:
<https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmale/liste-karte-datenbank/> verwiesen.
- Stehen bestimmte Bauformen unter Denkmalschutz?
 - o Wenn ja, was sind die Kriterien hierfür, dass Gebäude unter Denkmalschutz stehen?
 - Welche Stufe des Denkmalschutzes hat Einfluss auf welche Möglichkeiten auf Umbauten bezüglich der Barrierefreiheit?

- Das Schloss Friedrichsfelde wurde vor ein paar Jahren mit öffentlichen Mitteln saniert. Nach dem Gesetz hätte hierbei die Barrierefreiheit sichergestellt werden müssen.
 - o Weiß die Denkmalschutzbehörde davon, dass barrierefrei gebaut werden muss und warum ist das nicht beim Schloss Friedrichsfelde passiert?
- Muss die Denkmalschutzbehörde Ablehnungen melden?
Beispiel: Änderung der Nutzungsart bei einem Gebäude.
Wenn beispielsweise eine Bäckerei in eine Kindertagesstätte umgewandelt wird, dann muss laut der Bauordnung für Berlin (BauO Bln) Barrierefreiheit hergestellt werden. Wenn dem nicht so ist und das Stadtentwicklungsamt dem zustimmt, dass die Herstellung von Barrierefreiheit unverhältnismäßig sei, wird darüber ein Bescheid erstellt. Über solch einen Bescheid muss der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen informiert werden, da dieser gegebenenfalls Widerspruch einlegen kann.
 - o Gibt es ein ähnliches Verfahren dazu, wenn die Denkmalschutzbehörde barrierefreie Maßnahmen ablehnt?
- Seit mehreren Jahren gäbe es eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene, die sich mit den Themen Denkmal- und Brandschutz befasst.
 - o Könnte man eine Arbeitsgruppe zu den Themen Denkmalschutz und Barrierefreiheit initiieren?
- Wer prüft die Alternativlosigkeit bzw. welche Möglichkeiten es gibt?
- Mit welchen gesetzlichen Grundlagen arbeitet die Denkmalschutzbehörde?
 - o Weiß die Denkmalschutzbehörde, dass Barrierefreiheit auf Augenhöhe zu berücksichtigen ist?
 - o Kennt es das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG)?
 - o Wie geht es damit um, dass Menschen mit Behinderungen laut der Verfassung von Berlin, der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Grundgesetz, nicht diskriminiert werden dürfen?

Ein nicht barrierefreier Zugang zu einem Gebäude stellt eine Diskriminierung dar, weil eine gleichberechtigte Teilhabe nicht gegeben ist.
- In Brandenburg wurde 2023 das Landesdenkmalschutzgesetz insofern geändert, dass auf Dachflächen von denkmalgeschützten Gebäuden Photovoltaikanlagen aufzubauen sind. Hier seien Klima- und Denkmalschutz gleichwertig behandelt worden.
 - o Wie kann das in Bezug auf Barrierefreiheit ebenfalls umgesetzt werden?

Weitere Fragen zu diesem Themenkomplex können an die Geschäftsstelle oder an den Vorstand geschickt werden.

Das Thema soll dann voraussichtlich 2025 im Beirat behandelt werden.

4. Berichte

Frau Kaup berichtet vom [Positionspapier zum Gewaltschutz für Nutzer:innen von Fahrdiensten](#).

Seit Februar 2023 treffen sich in einer Arbeitsgruppe eine Mutter, ein Wohnbereich, ein Arbeitsbereich, die Mutstelle Berlin und Frau Kaup zu diesem Themenkomplex.

Die AG entwarf das Positionspapier.

In dem Papier wird beispielsweise bemängelt, dass es bei Fahrdiensten kein Qualitäts- und Beschwerdemanagement gibt.

Frau Kaup hat das Positionspapier ans Abgeordnetenhaus und an verschiedene Senatsverwaltungen geschickt.

Sie hatte bereits Gespräche dazu mit zwei behindertenpolitischen Sprechern des Abgeordnetenhauses, Catrin Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen) und Lars Düsterhoft (SPD).

Das Papier wird unterstützt.

Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen wird dazu ein Unterstützungsschreiben formulieren.

Der Berliner Teilhabebeirat wird sich Ende August mit dem Thema beschäftigen.

Anfang September tagt der Ausschuss für Soziales im Abgeordnetenhaus.

In dem Ausschuss geht es unter anderem um den Sonderfahrdienst und Ausschreibungskriterien für Fahrdienste.

Bei beiden Gremien ist Frau Kaup eingeladen worden.

Frau Kaup berichtet ebenfalls von diskriminierendem Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen bei der Polizei.

Beim nächsten AG-Treffen wird die Opferschutzbeauftragte der Polizei eingeladen.

Am 18. September 2024, von circa 16 bis 18:30 Uhr findet im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche ein Kiezspaziergang im Kaskelkiez statt.

Bei dem Spaziergang werden Barrieren markiert.

Dazu gab es einen ersten Rundgang.

Für den Spaziergang werden Langstöcke und Aktivrollstühle organisiert.

Los geht es wahrscheinlich bei der Spittastraße 36.

Eine zweite Aktion soll am 16. September 2024 morgens und nachmittags für jeweils anderthalb Stunden bei der Bornitzstraße Ecke Siegfriedstraße stattfinden.

Seit mehreren Jahren fordern die Beschäftigten der LWB-Lichtenberger Werkstätten GmbH an dieser Stelle eine Installation einer Lichtsignalanlage.

Bezüglich der Finanzierung zur Aktion fragt Frau Kaup bei der Klimaschutzbeauftragten nach.

Ebenso könnte die Handkasse des Beirates genutzt werden.

Das müsste der Beirat beschließen.

Angedacht sind auch die Erstellung von Demoschildern.

Es wird gefragt, ob noch Demomaterialien vorhanden sind.

Frau Möller prüft den Bestand an vorhandenen Materialien.

5. Sonstiges

Frau Neubert fragt nach Finanzierungsmöglichkeiten für ein Kochprojekt für Menschen mit Sehbehinderungen.

Das Projekt ist noch in der Entstehung.

Es werden die Kiezfonds genannt.

Jedoch kann man die Kiezfonds nicht für Verpflegungskosten (Lebensmittel) verwenden.

Mittel der Aktion Mensch können laut der Satzung des Trägers nicht verwendet werden.

Eine Möglichkeit wäre vielleicht Mittel über das ERWachsenenbildung Inklusiv-Projekt der Volkshochschulen anzufragen.

Frau Haas-Krahé wird eine **Terminumfrage für einen weiteren Stolperstein-Spaziergang mit Frau Poetzsch** in Karlshorst oder in einem anderen Stadtteil an Frau Möller schicken.

Frau Möller wird die Abfrage anschließend an die Beiratsmitglieder schicken.

Für die **Führung durch das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH) und das Archiv** am Dienstag, 23. Juli 2024 von 14:00 bis 16:00 Uhr wird Frau Haas-Krahé noch eine Erinnerung schicken.

Frau Landgrebe bietet in der Begegnungsstätte RoBertO **Angebote zur politischen Bildung in Leichter Sprache** an.

Im August bietet sie am 10. August, 10 bis 14 Uhr und am 11. August, 10 bis 13 Uhr einen Kurs zum Thema „Menschenrechte“ an.

Ebenfalls wird im August ein Besuch der Gedenkstätte Sachsenhausen angeboten. Demnächst wird es einen Newsletter mit den Terminen für diese Angebote geben. Frau Möller wird im nächsten Inklusiver:innen-Newsletter darauf hinweisen. Assistenz müsste zu den Ausflügen mitgebracht werden.

Frau Möller fragt, wer in der nächsten Sitzung das Protokoll anfertigen könnte.

Frau Günther würde dies übernehmen, Frau Steffke und Frau Jantsch fungieren als Backup.

Die nächste Beiratssitzung findet am **Dienstag, 20. August 2024**, von 16:00 bis 18:00 Uhr im **Ratssaal des Rathauses** Lichtenberg statt.